

Über die Fusion
von PDS und WASG
zur Linkspartei

Operation Vereinigung

Udo Baron/Manfred Wilke

Mit der Zustimmung der „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“, kurz WASG genannt, auf ihrem Ludwigshafener Sonderparteitag zur Fusion mit der PDS zur Linkspartei. PDS am 29. April 2006 nimmt ein uralter Traum der Linken konkrete Konturen an: die Einheit aller Sozialisten. Waren bereits mit der Fusion von KPD und SPD zur SED im April 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) Hoffnungen auf die beginnende Realisierung dieses Vorhabens verbunden, so schien mit dem Scheitern des real existierenden Sozialismus in der DDR und der Enthüllung ihrer Verbrechen dieser Traum zunächst einmal ausgeträumt. Die Diktaturpartei SED wurde von Nachwuchskadern wie Lothar Bisky und Gregor Gysi in die PDS transformiert. Die deutsche Einheit zwang die „Partei der DDR“ 1990, im Westen nach Mitstreitern für ihre offenen Listen zur Bundestagswahl zu suchen. Die Avancen gegenüber der westdeutschen Linken scheiterten, soweit sie auf Sozialdemokraten und Teile der Grünen zielten.

Lediglich Mitglieder der DKP und andere linksradikale Sektierer waren damals bereit, sich der PDS anzuschließen. Ihrer Vergangenheit wegen stellten sie aber allzu oft für die PDS keine Hilfe, sondern nur eine Belastung auf dem Weg nach Westen dar. Die Ausnahme ist hier Berlin, wo die Westzugänge heute Senatoren sind. Der Weg in die bundespolitische Bedeutungslosigkeit als ostdeutsche Regionalpartei schien unaufhaltsam. Erst die angekündigte Reform des alten So-

zialstaates westdeutscher Prägung unter den Stichworten „Agenda 2010“ und „Hartz IV“ markierte einen Wendepunkt in dieser Entwicklung. Aus Protest gegen die von dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder eingeleiteten Reformen verließen zahlreiche linke Sozialdemokraten und Gewerkschafter die SPD und gründeten schließlich eine neue Partei, die WASG. Die PDS erkannte schnell die Chance, die sich ihr mit der WASG bot. Plötzlich schien er wieder da, der Traum von der Einheit der Linken, zunächst in Gestalt einer gesamtdeutschen politischen Gruppierung links von der SPD.

Das Wahlbündnis als erster Schritt

Die politische Vorlage zur forcierten Realisierung lieferte Bundeskanzler Schröder, als er nach den für seine Partei verlorenen NRW-Landtagswahlen vom 22. Mai 2005 vorgezogene Neuwahlen zum Deutschen Bundestag für den 18. September 2005 ankündigte. Bei den NRW-Wahlen verbuchte die WASG einen Achtungserfolg, der die PDS zum Handeln veranlasste. Der ehemalige SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine und Gysi forderten, die Chance zu nutzen, mithilfe der WASG eine gesamtdeutsche Linke zu formieren, die in den Bundestag einziehen kann. Da in der Kürze der Zeit eine Fusion nicht möglich war, musste ein Wahlbündnis unter Regie der PDS als erster Schritt zur geeinten Linken vorerst ausreichen. Spitzenkandidaten wurden Lafontaine und Gysi, zwei medienwirksame Populisten,

die erneut die politische Bühne betraten. Der eine kandidierte für die WASG in Nordrhein-Westfalen, der andere für die PDS. Unter der Regie von Lafontaine und Gysi stand dem Etappenziel „Wahlbündnis“ als Vorstufe zur Fusion nichts mehr im Wege. Inhaltliche Diskussionen wurden auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben. Bereits Mitte Juni konnten deshalb die Führungsgremien beider Parteien schon beschließen, dass Kandidaten der WASG auf den offenen Listen der PDS zu den Bundestagswahlen kandidieren dürfen. Im Juli sprach sich die Mehrheit der WASG-Mitglieder in einer Urabstimmung für ein solches Bündnis aus. Am 17. Juli votierte auch die PDS auf einer außerordentlichen Tagung ihres neunten Parteitagés dafür. Die PDS erfüllte eine Vorbedingung der WASG, sie änderte ihren Namen in die „Linkspartei.PDS“. Den westdeutschen Landes- und Gebietsverbänden wurde zugestanden, auf den Zusatz PDS zu verzichten, um ihre Erfolgchancen nicht zu schmälern. Bewusst sollte nach außen der Eindruck erweckt werden, es handle sich um einen historisch unvorbelasteten parteipolitischen Neuanfang. Zugleich hofften die Parteistrategen, dadurch auch die Hemmschwelle für viele westdeutsche Linke, die der PDS aufgrund ihrer SED-Vergangenheit kritisch gegenüberstanden, zu senken. Von der Öffentlichkeit unbeachtet, wurde die Vernetzung mit der DKP enger. Zahlreiche Parteimitglieder wie die Hochschullehrer und früheren DKP-Vorstandsmitglieder Jörg Huffschmidt und Georg Fülberth wurden auf den offenen Listen der Linkspartei.PDS platziert. Das Wahlbündnis umschiffte geschickt alle Klippen des Bundeswahlgesetzes.

Der Erfolg bei der Bundestagswahl mit 8,7 Prozent der Wählerstimmen bestätigte die gewählte Strategie. Das neue Wahlbündnis konnte mit 54 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag einzie-

hen und wurde somit stärker als die Bündnisgrünen.

„Wenn wir schreiten Seit an Seit“

Unter der Bezeichnung „Die Linke“ formierte sich eine Bundestagsfraktion, die begrifflich die noch ausstehende Fusion vorwegnahm und bereits den Anspruch einer gesamtdeutschen Linken erhob. Der Aufbau parteiübergreifender Personenbündnisse unter ihrer Führung gehörte für die PDS-Politiker zum taktischen Erbe der SED. Ihre Kunst bestand darin, die WASG, ein Konglomerat aus enttäuschten linken Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Friedensaktivisten, an sich zu binden. Auffällig ist die Dominanz hauptamtlicher Funktionäre vor allem von IG Metall und ver.di in der WASG wie beispielsweise die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder Klaus Ernst und Thomas Händel.

Neben den Gewerkschaftern versammelt die WASG auch altbekannte Aktivisten der Friedensbewegung wie den Hamburger Völkerrechtler Norman Paech in ihren Reihen. Er diente bereits in der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss von Anfang der achtziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts dem kommunistischen Spektrum als einer ihrer Wortführer, vor allem in der von der DKP gelenkten „Krefelder Initiative“. Hinzu kommen sozialistische Wirtschaftswissenschaftler wie Herbert Schui und Axel Troost von der AG „Alternative Wirtschaftspolitik“.

Mit Lafontaine verfügt die PDS nach vielen vergeblichen Anläufen endlich über eine auch in Westdeutschland wählerwirksame und populäre Persönlichkeit. Lafontaine sichert als Frontmann der Linkspartei.PDS nicht nur die benötigte mediale Aufmerksamkeit. Es gelang ihm auch, mit dem ehemaligen SPD-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Ulrich Maurer, einen weiteren prominenten und politisch erfahrenen Sozialdemo-

kraten zu gewinnen. Gemeinsam mit Maurer verleiht er der PDS im neuen Gewand auch das dringend benötigte demokratische Erscheinungsbild: Ihr Insiderwissen aus der langjährigen Zugehörigkeit zur deutschen Sozialdemokratie in Schlüsselpositionen verschafft der Linkspartei. PDS ganz neue Möglichkeiten in der Auseinandersetzung mit der SPD. Beide wirken wie ein Stachel in der offenen Wunde der Sozialdemokratie. Dennoch sollte – allen nach außen vorgetragenen Aversionen vor allem gegenüber Lafontaine zum Trotz – nicht übersehen werden, dass Lafontaine und auch Maurer durch ihre nach wie vor bestehenden Kontakte zum linken Flügel der SPD künftig als Brückenbauer zur Sozialdemokratie im Hinblick auf eine mögliche Kooperation zwischen beiden Parteien in Erscheinung treten könnten. Nicht übersehen werden sollte in diesem Zusammenhang zudem das Wunschdenken von Lafontaine, eines Tages als Schöpfer einer deutschen Linken aus Linkspartei. PDS und SPD in die Gesichte einzu-gehen und der SPD den Ausweg aus der großen Koalition zu zeigen. Nicht von ungefähr stellte die PDS in ihrem Streit mit den Fusionsgegnern in der WASG eindeutig klar, Opposition und Regierungspartei sind für sie keine Alternativen. Die Linkspartei soll künftig Regierungsverantwortung anstreben.

Fahrplan zur Fusion

Der Einzug der Linkspartei in den Bundestag war die Voraussetzung für den erfolgreichen Weg zur Fusion, die am 30. Juni 2007 vollzogen werden soll. Für die Bildung eines gemeinsamen Profils ist eine einheitliche Programmatik unverzichtbar. Gerade hier treten die Unterschiede deutlich zu Tage: Die WASG ist im Gegensatz zur PDS eine Ein-Punkt-Partei. Getragen von der „Leitidee der sozialen Gerechtigkeit“, wie es ihr Gründungsprogramm formuliert, steht der Protest gegen das Feindbild eines welt-

umspannenden Neoliberalismus im Mittelpunkt ihres Denkens. Die WASG-Leitsätze orientieren sich stark an der Programmatik der IG Metall, die fixiert ist auf den alten Sozialstaat westdeutscher Prägung mit staatlichen Beschäftigungs- und Investitionsprogrammen zur Arbeitsbeschaffung. Zwangsläufig reduziert sich durch diese Fixierung ihr Programm auf Fragen der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Vernünftigerweise hat die PDS mit Blick auf die künftige Programmatik einen Vergleich ihres Programms mit den Vorstellungen der WASG vorgenommen. Dieser kommt zu dem Ergebnis, das der Anti-Neoliberalismus das einigende Band zwischen beiden Parteien darstellt, aber nicht die Zielsetzung „Sozialismus“, an der die PDS festhält. Neoliberalismus steht als „Synonymbegriff für alle Gebrechen und Krisen der gegenwärtigen Gesellschaft sowohl national als auch international“ – so die Vergleichsstudie der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Um diesen zu stoppen, plädieren beide Partner für einen starken Staat als zentralen wirtschaftspolitischen Akteur, der die soziale Gerechtigkeit durchsetzen soll. Einig sind sie sich über die sozialstaatliche Regulierungsfunktion des Staates. Ausgehend von einer etatistischen Grundhaltung, wird in der „Vergesellschaftung strukturbestimmender Unternehmen“ und im Ausbau des öffentlichen Dienstes der Schlüssel für die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme gesehen. Weitere Privatisierungen öffentlicher Unternehmen werden abgelehnt. Um Kompatibilität mit gewerkschaftlichen Forderungen zu erreichen, werden die Einführung von Mindestlöhnen und eine aktive Arbeitspolitik gefordert. Dem gleichen Ziel dient das Stichwort „Wirtschaftsdemokratie“. Mit ihm wird eine Ausweitung der Arbeitnehmerrechte und der Mitbestimmung gefordert. Eine Mindestrente soll die Alterssicherung regeln. Die Frage

der Gegenfinanzierung bleibt unbeantwortet. Pauschal wird nur auf die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer verwiesen.

Verlässt man diesen zentralen Bereich gemeinsamer künftiger Politik, so kommt es auch in den Themenfeldern Außen- und Sicherheitspolitik zu deutlichen Übereinstimmungen. Die West- und die Ostlinke sehen in einer „neoliberalen Politik“ und dem „Ring der USA um Vorherrschaft in der Welt“ die Ursache für Kriege und Unterdrückung. Sie fordern eine alternative Regulierung der Globalisierungsprozesse, eine Überwindung von Militärbündnissen und lehnen Auslandseinsätze der Bundeswehr grundsätzlich ab.

Differenzen im Selbstverständnis

Kritisch betrachtet werden von Seiten der PDS die theoretischen Grundlagen der WASG. Hier werden der fehlende Bezug der WASG zu historischen Wurzeln, vor allem zur Arbeiterbewegung, ihre Geschichtslosigkeit und ihr weitgehend theoriefreier Politikansatz moniert. Zentraler Dissens der WASG zum Selbstverständnis der PDS ist die Frage einer Regierungsbeteiligung. Während die PDS diese – wie in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern deutlich – mit den Sozialdemokraten will, ist die WASG in dieser Frage gespalten. Viele ihrer Aktivisten vor Ort, namentlich in Berlin, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, verstehen sich als Fundamentalopposition. Dies führt zu Konflikten innerhalb der WASG im Blick auf die geplante Fusion mit der PDS. Die Linkspartei.PDS als sozialistische Partei sieht sich in der Rolle einer Avantgarde, die die versprengte West-Linke in Deutschland endlich unter ihrer Führung vereinen will. Seit Lenins Programmschrift von 1902 *Was tun?*, mit der er die Lehre von der

Notwendigkeit der Organisation der Berufsrevolutionäre in einer Avantgarde-Partei begründete, steht bei ihr immer noch die Frage der Partei im Zentrum der Analyse. Im Unterschied zu früheren Programmen der Linken, die sich als Avantgarde präsentierte und mit dem Sozialismus einen Fortschritt in der menschlichen Zivilisation verhieß, fehlt heute dieser Geist des Aufbruchs. Es erinnert vielmehr an eine reaktionäre Beschwörung der Strukturen und Finanzierungen des Sozialstaates der alten Bundesrepublik – den die SED bis 1989 als fortschrittsfeindliche und rückwärts gewandte Gesellschaft anprangerte.

Diesen Differenzen zum Trotz überwiegen die Schnittmengen für eine Fusion. Um einen reibungslosen Vereinigungsprozess zu garantieren, setzt die PDS mit Bodo Ramelow auf einen erfahrenen ehemaligen westdeutschen Gewerkschaftsfunktionär als Fusionsbeauftragten. Qua Herkunft und Erfahrung sollte er zusammen mit den Mandatsträgern in der WASG deren Mitglieder für die Fusion mobilisieren.

Die Bundestagsfraktion stellt die Klammer der unterschiedlichen Partner dar. Sie greift mit ihrem Kampf für den Versorgungsstaat die Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung auf. Sie macht Politik mit deren Sorgen, Nöten und Ängsten und bedient diese mit populistischen Forderungen. Zugleich schlägt sie mit ihren Kernforderungen den Bogen zum DGB, insbesondere zu IG Metall und ver.di. Dieses ist strategisch wichtig, weil eine Verknüpfung der Positionen der Linkspartei mit Teilen des DGB das Druckpotenzial auf die SPD planmäßig erhöht, um diese zu einem Kurswechsel zu zwingen.

Logistische Weichenstellungen

Der Dresdner Parteitag der PDS vom 10./11. Dezember 2005 wollte die geplante Fusion nicht dem Zufall überlas-

sen. Die Funktionäre von WASG und PDS einigten sich auf eine Doppelmitgliedschaft und eine schriftliche Urabstimmung in der WASG. Bis zum Abschluss des Fusionsprozesses können nun Mitglieder der PDS gleichberechtigt in der WASG mitwirken und umgekehrt deren Mitglieder in der PDS. Es galt Mehrheiten für die Fusion innerhalb der WASG zu organisieren. Lafontaine und Gysi gingen bereits mit gutem Beispiel voran. So ist Lafontaine am 28. Dezember demonstrativ auch in die PDS eingetreten, während Gysi nun auch über das Parteibuch der WASG verfügt.

Streitpunkt Regierungsbeteiligung

Obwohl mithilfe der Doppelmitgliedschaften und der Urabstimmung der rasende Zug Richtung Fusion beider Parteien kaum noch aufzuhalten ist, kam es in einzelnen Landesverbänden der WASG zu Bremsmanövern. Während auf der Bundesebene die Fusion zwischen den führenden Funktionären beschlossene Sache war, kam es auf der Ebene der Landesverbände zu erheblichen Differenzen. Vor allem in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gab und gibt es massive Vorbehalte gegenüber einem gemeinsamen Wahlbündnis bei den in diesem Jahr anstehenden Abgeordnetenhaus- beziehungsweise Landtagswahlen. Diese richten sich in erster Linie gegen die Regierungsbeteiligung der PDS in einer Koalition mit der SPD in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Die dortigen WASG-Landesverbände sehen keine ausreichende gemeinsame Basis für die Fusion mit einer Partei, die durch ihre Koalition mit der SPD in ihren Augen die Verantwortung für Sozialabbau und Neoliberalismus trägt. Vor allem die Dominanz linker sektiererischer Gruppierungen forciert diese ablehnende Haltung innerhalb dieser WASG-Landesverbände. Verantwortlich dafür ist vor allem die „Sozialistische Alternative Vo-

ran“ (SAV). Gleich in mehreren WASG-Landesverbänden sind Aktivisten der SAV bis in Schlüsselpositionen aufgestiegen. In der Tradition des russischen Revolutionsführers Leo Trotzki hat sich die SAV zum Ziel gesetzt, auf revolutionäre Art und Weise das bestehende System zu stürzen. Ein Weg zur Erlangung dieses Zieles stellt die „Entrismus“-Strategie dar, mit der bereits die Hamburger Thomas Ebermann, Rainer Trampert und Jürgen Reents vor fünfundzwanzig Jahren erfolgreich ihren Weg nach oben bis in den Bundesvorstand der Grünen gingen. Als Mitglied des internationalen trotzkistischen Dachverbandes „Committee for a Workers International“ (CWI) ist es der SAV in Berlin, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern gelungen, die Landesverbände der WASG zu führen. In Berlin stellt die SAV mit Lucy Redler und Hakan Doganay gleich zwei Vorstandsmitglieder der WASG. Wie bedrohlich diese Entwicklung für das Fusionsprojekt von Gysi und Lafontaine war, verdeutlichte die Urabstimmung der Berliner WASG-Mitglieder über ein Wahlbündnis mit der PDS bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus. Vor allem dem Einfluss der SAV ist es zu verdanken, dass sich nach den Delegierten des Berliner WASG-Landesparteitages nun auch von den knapp 500 Berliner WASG-Mitgliedern 272 per Urabstimmung für eine eigene Kandidatur ausgesprochen haben.

Mit dieser Entscheidung gefährdete die Berliner WASG auch den Fraktionsstatus der Linkspartei im Deutschen Bundestag. Paragraf 10 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages schreibt vor, dass Vereinigungen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages, die Parteien angehören, in keinem Land im Wettbewerb zueinander stehen dürfen. Träte nun die WASG in einem Bundesland gegen die Linkspartei an, so wären die rechtlichen Bedingungen für eine Bundestagsfraktion nicht mehr erfüllt, da offenkundig wür-

de, dass sie keine gemeinsamen politischen Ziele verfolgen. Nach der Ankündigung der WASG-Landesverbände, bei den Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern in Konkurrenz zur Linkspartei.PDS anzutreten, begann im Bundestag das parlamentarische Verfahren, um den Fraktionsstatus der Linkspartei.PDS im Bundesparlament zu prüfen. Dadurch stehen PDS und WASG unter einem gehörigen Erfolgsdruck, denn bei einem negativen Votum droht der Verlust des Fraktionsstatus und damit des Zentrums des politischen Einflusses im Parlament und der Öffentlichkeit. Es ist daher nicht verwunderlich, dass der Bundesvorstand der WASG mit allen Mitteln bis hin zur Androhung von Ausschlüssen und der Auflösung des Landesverbandes versucht, einen eigenständigen Antritt der Berliner WASG abzuwenden, um das avisierte Ziel einer „Linkspartei“ in Deutschland unter Führung der PDS zu erreichen. Um es noch einmal zu wiederholen: Ohne sie wäre die Westausdehnung der alten PDS erneut gescheitert und sie auf den Status einer Regionalpartei Ost zurückgeworfen.

Aus Ruinen auferstanden

Nach der verlorenen Bundestagswahl von 2002 schien für die alte PDS nur noch der Platz als ostdeutsche Milieupartei im bundesrepublikanischen Parteienspektrum übrig zu bleiben. So sah das auch die Mehrheit der Wahlforscher. Die Rettung erfolgte in Gestalt der WASG. Nachdem sich zuvor bereits der WASG-Bundesvorstand mehrheitlich für den Zusammenschluss mit der PDS ausgesprochen hatte, votierten Anfang April 2006 in einer schriftlichen Urabstimmung, an der 57 Prozent aller WASG-Mitglieder teilnahmen, 78,3 Prozent für die geplante Fusion. Der Ludwigshafener Sonderparteitag der WASG vom 29. April 2006 bestätigte diesen Trend noch einmal. Von den Anwesenden 350 Delegierten votierte eine knappe Mehr-

heit von 186 für den geplanten Zusammenschluss mit der PDS.

Mit dem Gelingen der Fusion steht sie vier Jahre später wie auferstanden aus Ruinen nun kurz vor ihrem bislang größten Erfolg: der lang ersehnten Etablierung als gesamtdeutsche Partei. Mit einer auf Besitzstandswahrung orientierten sozialromantischen Programmatik und neuen Gesichtern aus dem Westen der Republik, die auch in Westdeutschland auf Akzeptanz links von der SPD stoßen, gelang es, immer mehr den diktatorischen Charakter ihrer Vorgängerpartei, der SED, in der öffentlichen Wahrnehmung zu verdrängen. Schon heute wird die Linkspartei.PDS in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung oft nur noch als „Die Linke“ wahrgenommen. Zunehmend entsteht durch den Namen selbst der Eindruck, als wäre sie eine Neugründung ohne Geschichte. Ein neuer Parteiname, neue Gesichter und ein hemmungsloser Populismus reichen anscheinend aus, um die Erblast der SED-Diktatur gegen das Image einer humanistischen und weltoffenen Linken einzutauschen.

Medienpräsenz und Breitenwirkung

Lafontaine und Gysi wissen die Mechanismen der Mediengesellschaft zu bedienen. Im Gegensatz zu den eher spröde und bieder wirkenden sonstigen Funktionären der Linkspartei.PDS garantieren beide mit ihrem populistischen Auftreten die nötige mediale Aufmerksamkeit. Mit Lafontaines rhetorischen Attacken gegen den Sozialabbau, seinen Verbalinjurien gegen das Unternehmertum und seinen programmatischen Versprechungen einer Rückkehr zum bundesrepublikanischen Sozialstaat der siebziger Jahre nutzt er die Sehnsüchte west- und ostdeutscher Arbeitnehmer aus. Zugleich öffnet er die Linkspartei.PDS mit seinen populistisch vorgetragenen Forderungen auch für die Wählerschichten am rechten

Rand. Ganz unverkrampft experimentiert er mit der Sprache des Nationalsozialismus. So warnt er beispielsweise in seiner Rede in Chemnitz vom Juni 2005 vor „Fremdarbeitern“, die den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen. In seinem Buch *Politik für alle* wettert er in einem Rundumschlag gegen die bösen Reichen, unfähige Manager und korrupte politische Eliten, die den kleinen Mann mit ihren „Schandgesetzen“ ausbeuten und unterdrücken. Solche Sprache führt er auch in der Außen- und Sicherheitspolitik. In seinem manifesten Anti-Amerikanismus und seiner Israel-Obsession spricht er dem Iran das Recht auf Atomwaffen zu. In einem Interview des *Neuen Deutschland* sieht er sogar Schnittstellen zwischen der Linken und dem Islamismus in ihrer antikapitalistischen und anti-amerikanischen Grundeinstellung.

Linkspolitische Brückenschläge

Die Strategie der PDS, mithilfe der WASG als Linkspartei.PDS den Brückenschlag auch in die linken Milieus Westdeutschlands zu schaffen, scheint aufzugehen. Wichtig ist der Schulterchluss zwischen der Linkspartei.PDS und Teilen des DGB. War der DGB-Vorsitzende Michael Sommer noch vor der Bundestagswahl auf deutliche Distanz zur Linkspartei.PDS gegangen und hatte vor einer „Spaltung der Linken“ gewarnt, so besuchte er im Januar 2006 offiziell die Bundestagsfraktion der Linkspartei und vereinbarte dort gemeinsame Aktionen gegen Lohndumping. Ebenso verfuhr der IG-Metall-Vorsitzende Jürgen Peters und sein ver.di-Kollege Frank Bsirske. Gemeinsam protestierten sie gegen die Schließung des AEG-Werks in Nürnberg und den Stellenabbau der Telekom in Ingolstadt. Auch die Neubesetzung des künftigen DGB-Bundesvorstandes bestätigt diesen Trend. So konnten Peters und Bsirske mit dem Sozialdemokraten Claus Matecki und der früheren Bündnisgrünen-

Bundestagsabgeordneten und heutigen Abteilungsleiterin Sozialpolitik bei der IG BAU, Annelie Buntenbach, zwei ausgewiesene Hardliner durchsetzen. Sie sollen künftig die Verbindungen zur Linkspartei.PDS pflegen und ausbauen.

Die Dominanz des Gewerkschaftsflügels innerhalb der Linkspartei.PDS spiegelt sich aber auch auf der Landesebene wider. So kandidierten für die Landtagswahl in Baden-Württemberg der IG-Metall-Funktionär Roland Hamm von der Linkspartei, in Rheinland-Pfalz trat mit Norbert Kepp ein IG-Metaller aus Kaiserslautern für die WASG an. In Baden-Württemberg ist zudem der ver.di-Landesgeschäftsführer Bernd Rixinger zugleich auch WASG-Landesvorsitzender.

Auch wenn die WASG bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg mit 3,1 Prozent und in Rheinland-Pfalz mit 2,5 Prozent deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, so zeigen diese Wahlergebnisse dennoch, dass eine künftige Linkspartei durchaus in der Lage ist, der SPD nennenswerte Stimmen abzunehmen.

Konkurrenz zur SPD

Scheint der Brückenschlag zu den Gewerkschaften bereits gelungen zu sein, so gestalten sich die Beziehungen zur SPD naturgemäß schwieriger. Beide Parteien sehen sich in der Tradition der Arbeiterbewegung und konkurrieren vor allem beim Thema „soziale Gerechtigkeit“ um die Deutungshoheit und somit um die ideologisch-strukturelle Verortung im Parteienwettbewerb. So erhebt die Linkspartei in den Worten ihres parlamentarischen Geschäftsführers Maurer den Anspruch, dass die „Werte, für die früher einmal die SPD stand, heute nur noch von Linken vertreten [würden]“, während die Sozialdemokratie zu einer „gemäßigt neoliberalen Organisation, die von Karrieristen geführt wird“, verkommen sei.

Mit ihren sozialromantischen Forderungen und ihren Wahlerfolgen stellt die Linkspartei eine ernsthafte Bedrohung für den Bestand der SPD als linke Volkspartei im Ringen um Mitglieder, Bündnispartner und Wählerschichten dar. Die SPD kann diese Entwicklung nicht ignorieren. Sie muss um der eigenen politischen Mehrheitsfähigkeit willen den Versuch der Linkspartei unterbinden, ihr den Platz auf der Linken streitig zu machen. Deshalb sah sich der kurzzeitige SPD-Vorsitzende Matthias Platzeck auf dem SPD-Parteitag in Karlsruhe vom 15. November 2005 auch genötigt, den emotionalen Leitbegriff „links“ und die damit assoziierten Werte und ihre Geschichte wie Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit und Weltoffenheit für seine Partei zu reklamieren und diesen Anspruch der Linkspartei abzuwehren.

Anzeichen möglicher Annäherung

Aller Konkurrenz zum Trotz gibt es aber von beiden Seiten durchaus auch Bestrebungen, nicht alle Türen für eine künftige Kooperation zuzuschlagen. So soll der Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Jan Korte, mithilfe unverdächtiger Diskussionszirkel für Wissenschaftler und Intellektuelle aus dem linksliberalen Milieu inoffizielle Kontakte zur SPD knüpfen und

mögliche Kooperationen nach einem Ende der großen Koalition im Bund ausloten. Dahinter steckt der alte Traum Lafontaines, unter seiner Ägide die Linke in Deutschland, einschließlich der Sozialdemokratie, zu vereinen.

Auch wenn vor allem der „Fahnenflüchtige“ Lafontaine bislang eine Annäherung zwischen Linkspartei und SPD in weite Ferne zu rücken scheint, so gibt es dennoch auch von sozialdemokratischer Seite Anzeichen einer möglichen Annäherung. So fordert der künftige stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende und sachsen-anhaltinische Finanzminister Jens Bullerjahn einen „entkrampften“ Umgang mit ehemaligen hauptamtlichen Stasi-Mitarbeitern. Der Architekt des „Magdeburger Modells“, bei dem die PDS in den neunziger Jahren die SPD-Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Höppner tolerierte, hält sich damit an die Politik von Altkanzler Schröder, der für die SPD alle Optionen für Koalitionen offen hielt. Zugleich erklärte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, vernehmlich, die Koalition aus SPD und PDS nach den Abgeordnetenhauswahlen fortsetzen zu wollen, und dachte offen über künftige rot-rote Modelle auch auf Bundesebene nach den nächsten Bundestagswahlen nach.

Mogelpackung

„Zwischen den Berliner Aktivisten der WASG und der Mehrheit des Bundesvorstandes und der Bundespartei scheint kein Dialog mehr möglich. Die einen ziehen ihre politische Lebensberechtigung aus der vehementen Ablehnung der Berliner PDS, die im Senat eine pragmatische Politik aus Einsparungen, Vermögensverkäufen und harten Tarifauseinandersetzungen trägt. Die Spitzenleute der WASG, die längst die Annehmlichkeiten weicher Bundestagssessel entdeckt haben, streben ungeachtet aller inhaltlichen Differenzen eine Fusion beider Parteien an. Dafür zieht der Bundesvorstand den politischen Hammer gegen die Abweichler, setzt den Landesvorstand ab und ignoriert die Wünsche der regionalen Basis. Die neue Linke wird zumindest in Berlin in jedem Fall eine Mogelpackung bleiben.“

Joachim Fahrnun am 18. Mai 2006 in *Die Welt*.